

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wenn Militärs regieren . . . Eine Denkschrift des Thüringischen Staatsministeriums.

Hauptquartier Weimar, den 15. November 1923.

Borgang.

Vertreter der Gemeinde Einlebsdorf und Thalbürgel sind bei der Gruppe vorstellig geworden und haben beantragt, die von der Regierung mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 verfügte Zwangs-eingemeindung der Ortsteile Einlebsdorf, Thalbürgel, Heibsdorf nach Bürgel rückgängig zu machen.

Grund: Zu erwartender Terror und Auspowern durch die kommunistische Gemeinde von Bürgel.

U. R. der Thüringischen Landesregierung Weimar mit dem Ersuchen um Stellungnahme und Rückführung.

Hauptquartier, den 17. November 1923.

Der Oberprimar Erich Freund von der Oberrealschule Jena hat mir folgende Angaben gemacht (folgt längere Darstellung von Besprechungen des Schuldirektors Dr. Friede und der Oberschulrätin Dr. Siemen mit dem Oberprimar Freund über seine Zugehörigkeit zum Jungdeutschen Orden. Von Freund wurde verlangt, daß er die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens an der Oberrealschule bezeichnen soll. Er ist dann am 15. November aus der Schule ausgeschlossen worden):

Der General bittet um Bericht bis 22. November 1923

1. Ob trotz der Aufhebung des Verbotes des Jungdeutschen Ordens durch den Staatsgerichtshof die Mitgliedschaft von Schülern dortselbst beanstandet wird und mit welcher Begründung;

2. ob der Primar Freund tatsächlich durch die Androhung der Entlassung gezwungen werden sollte, seine Kameraden zu denunzieren;

3. ob die Ablehnung dieser Zumutung tatsächlich der Grund zu seiner Entlassung gewesen ist;

4. ob die Maßnahmen zu Ziffer 1 bis 3, falls sie zutreffen, vom Herrn Minister für Volksbildung verfügt worden sind oder von welcher anderen Stelle.

Auf eine längere Erwiderung des Thüringischen Staatsministeriums, die Gott sei Dank vor Ablauf des Ultimatums abgeschickt war, bemerkt der Generalleutnant Hoffe, der den klaren Befehl erhalten hat, Thüringen gegen Bayern zu schützen und höchstens als Nebenzweck kommunistische Hundertschaften aufzulösen, wobei er in engster Fühlung mit der Thüringischen Landesregierung halten soll, daß „das Verhalten des Schulleiters unter der Frau Schulrat Dr. Siemen in der von ihm gerügten Angelegenheit (er scheint ein guter Pädagoge zu sein) allen gegenwärtigen Grundtatsachen über Jugenderziehung widerspricht“. Die Reichwehrgeneräle sind aber nicht nur Pädagogen, sondern auch bewährte Hüter der Gerechtigkeit. Sie nehmen Gnadengesuche entgegen von Leuten, die wegen Beleidigung des Reichspräsidenten von Thüringischen Amtsgerichten rechtskräftig verurteilt worden sind, und leiten diese Gnadengesuche nicht etwa an die durch die Gerichtsverfalschung vorgeschriebene Stelle weiter, sondern behalten sich selbst die Entscheidung über solche Gnadengesuche vor. Sie sind überhaupt die Retter in der Not für jeden Verfolgten. Der Geraer Hausbesitzerverein erlaubt sich z. B. seine „Erzellenz unter dem 27. November untertänigst zu bitten, er möge doch auch einmal auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Thüringen als Retter eingreifen“ und die skandalöse November-

miete beseitigen. Am 9. Dezember wird Abschrift dieser untertänigen Bitte an das Thüringische Staatsministerium weitergeleitet:

„Mit der Bitte, baldmöglichst Stellung zu nehmen, insbesondere zu der Angabe, daß das Ministerium sich bei der Festlegung der Mieten nicht an die vom Gesetze vorgeschriebenen Feuerungs-labellen gehalten habe. Um Überwindung der Mietfestsetzungsver-sägung für Dezember und Rücksendung der Anlagen wird gebeten. Für den Militärbefehlshaber: Der Oberquartiermeister.“

So geht die Korrespondenz hin und her. Es gibt kein Gebiet, wofür sich die Generale nicht interessieren. Die Folge ist zunächst: Ueberstundenarbeit bei den Behörden, deren ganzer Apparat durch das „Fachverständnis“ Eingreifen aller verstehender, alles wissender und alles können-der Fachmilitärs durcheinander gebracht ist. Am 3. Dezember schreibt das Thüringische Ministerium:

„Das außerordentliche Anwachsen des Schriftverkehrs seit Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und insbesondere seit dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen läßt trotz zahlreicher Ueberstunden des Kanzlei- und Registraturpersonals eine Erleichterung, wie sie vielleicht beim Militär mit seinen relativ einfach liegenden Verwaltungsvorgängen, nicht aber bei dem trotz aller Bemühungen und Vereinfachung noch immer stark komplizierten Verwaltungsmechanismus nötig ist, leider nicht zu. Wie müssen daher dringend ersuchen, nicht Anforderungen an die Thüringischen Zentral-behörden zu stellen, die mit ihrer Rückwirkung auf die Lokalbehörden dazu führen müssen, daß der Verwaltungsapparat in einer Zeit, in der er im Interesse der Aufrechterhaltung der Wirtschaft ungehindert zu arbeiten notwendig hat, nach und nach vollkommen lahmgelegt wird.“

Das macht nichts. Der Militärbefehlshaber bleibt weiter neugierig. Am 29. November will er wissen, weshalb der Lehrer Eisebinder in Bihlo (Berra) im Juli 1922 entlassen worden ist. Er will wissen, weswegen das Volksbildungsministerium eine Verfügung über Kirnmesseiern erlassen hat, welche Vorschriften für die Befreiung von Schülern an kirchlichen Feiertagen bestehen. Er will wissen, weswegen der Studiendirektor Dr. Hummel vom Gymnasium in Altenburg seines Amtes enthoben ist:

„Ferner bitte ich um Auskunft über die fachliche Vorbildung seines Nachfolgers, Studienrat Dr. Lorenz, die Dauer seiner Tätigkeit im Thüringischen Schuldienst, wo Dr. Lorenz vorher tätig war, ob bei dessen Ernennung zum Leiter des Gymnasiums lediglich seine fachliche Eignung maßgebend war oder ob seine politische Einstellung mitbestimmend gewesen ist.“

Der Militärbefehlshaber will folgendes wissen: Welche Oberschulräte, Schulräte und Leiter höherer und mittlerer Schulen in ihren jetzigen Stellungen erst nach dem 7. Oktober 1921 eingerückt sind und in welcher Stellung sie vorher waren. Ferner ob bei ihrer Berufung in diese Stellung lediglich ihre fachliche Eignung maßgebend war oder ob ihre politische Einstellung mitbestimmend gewesen ist. Auch bitte ich um Mitteilung, ob bei den vorherigen Persönlichkeiten Zugehörigkeit zu einer politischen Partei verlangt wird und zu welcher.“

Die gleiche Auskunft will er über Staats- und Oberstaatsanwälte haben, über Offiziere der Landespolizei und Gendarmeriekommissare. Es bleibt selbstverständlich keineswegs bei solchen generellen Rundfragen. Es hagelt nur so Anfragen über einzelne Personen. Auch ins Wirtschaftstreiben greifen die Militärs ein. Ein spaltenlanger Schriftwechsel informiert über die Haupt- und Staatsaktion gegen die Thüringische Getreide-aktiengesellschaft, ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, das auf Grund von Denunziationen der privaten Konkurrenz schikaniert wird, bis schließlich der Oberstaatsanwalt diesem Heldentat die Spitze ein Ende machen muß.

Presseverfügungen der Thüringischen Regierung werden offenbar zum Schutze der Staatsautorität aufgehoben und abgeändert. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Belästigungen sind an der Tagesordnung. Daß selbst der Rechtsausschuß des Reichstages einstimmig die Wiedereinführung des früher bestehenden Schutzhaftgesetzes für notwendig hielt, spricht ja für sich und zeigt, daß diese Art von Belästigeren schließlich jeden Menschen — er mag politisch stehen, wie er will — vor den Kopf stoßen muß.

Wenn der Militärbefehlshaber in Thüringen offenbar zur Ablenkung von dem blamablen Eindruck, den die Tatsachen dieser Denkschrift hinterlassen müssen, jetzt mit großen Publikationen über Ausmarschpläne der Roten Armee kommt, so ist das nicht die geringste Entschuldigung für die Desorganisation, die die Militärs entgegen den ihnen erteilten „klaren Befehlen“ angerichtet haben und weiter anrichten. Der kommunistischen Gefahr kann man auch ohne Militärs Herr werden, und vor allen Dingen berechtigt bei weitherziger Auslegung diese Gefahr nicht zu den dauernden Uebergriffen in das sonstige Verwaltungs- und Wirtschaftsleben der Länder. Jeder Denunziant bekommt in Thüringen einen Freibrief; er kann auf dem Umwege über das Militär einer nicht unbequemen Regierung auf der Tase herumtanzen. Der moderne Staat verlangt gewisse Rechtsgarantien, nur als Rechtsstaat können wir existieren und

Bessere Stimmung an der Börse.

Devisenkurse unverändert.

An der Börse herrscht bereits Feiertagsstimmung. Die Geschäftstätigkeit war heute äußerst minimal. Die Spekulation zeigt wenig Reizung, vor der großen Feiertagspause noch erhebliche Engagements einzugehen. Die Grundstimmung der Börse ist an sich durchaus nicht schwach, es kommen aber seit einigen Tagen größere Verkaufsaufträge an den Markt offenbar aus Kreisen des Warenhandels, der vor die Alternative gestellt ist, entweder seine Warenbestände mit kräftigem Preisnachlass zu veräußern oder aber neue Verkäufe vorzunehmen. Man spricht davon, daß in letzter Zeit besonders starke Abgaben durch die bekanntlich an der Börse immer sehr interessierte Berliner Konfektion vorgenommen worden ist. Bei den jetzigen geringen Umsätzen drücken derartige Abgaben natürlich ziemlich erheblich auf die Börse. Infolgedessen ergibt sich heute auf der ganzen Linie eine beachtenswerte Abschwächung.

Im Devisenverkehr ging es sehr ruhig zu, die Nachfrage hielt sich in engen Grenzen. Die Kurse blieben unverändert. Wertbeständige Anleihen sind noch wie vor schwach. Etwas Interesse besteht für Dollarkontokorrenten, während Goldanleihe ziemlich stark angeboten ist. Man fürchtet, daß mit Beginn des neuen Jahres noch weitere Goldanleihe-Emissionen erfolgen könnten, da angeblich auch die neuen Steuern nicht hinreichen, um den Geldbedarf des Reiches zu decken. Die politische Lage wird zusehends beurteilt. Auch in bezug auf die wirtschaftliche Situation herrscht jetzt ein gewisser Optimismus, da die Industrie weiter lebhaftere Eingänge von Aufträgen meldet. Die Geldmarktlage ist flüssig, doch zeigte sich heute hier und da vereinzelt zu unvorhergesehenen Sägen von 1/2 Proz. täglich etwas reichlichere Nachfrage.

Die Geschichte der Entstehung des militärischen Besatzungsstandes ist bekannt. In Bayern erhebt sich die rechtsradikale Revolution, es droht die Separation, ja die offene Rebellion Bayerns gegen das Reich, dem General v. Seekt wird der militärische Oberbefehl übertragen, um die von Bayern drohende Gefahr des bewaffneten Umsturzes zu beseitigen. Sachsen und Thüringen als Grenzgebiete sind besonders gefährdet. An der Thüringischen Grenze um Koburg liegen mehrere tausend bewaffnete Mannschaften der Ehrhardt-Verbände. Der Schutz der Grenze ist unbedingt erforderlich. Der Besatzungsstand hat zwar schon länger bestanden, für Thüringen hat aber der Befehlshaber der V. Division, Generalleutnant Reinhardt, ausdrücklich bekundet, daß er „nicht beabsichtige, in den laufenden Verwaltungsgang irgend wie einzugreifen“. Seitdem ist die bayerische Situation zwar keineswegs geklärt, aber jeder Mensch weiß, gegen Bayern wird die Reichswehr nicht marschieren, und eine unmittelbare militärische Gefahr droht auf der anderen Seite von Bayern nicht. Um so interessanter ist es zu sehen, wie die Reichwehrgeneräle ihre Aufträge in Thüringen durchzuführen. Die zweite Denkschrift der Thüringischen Staatsregierung vom 12. Dezember bietet eine Fülle von Material.

Am 12. November spricht der Thüringische Staatsminister Froelich in Begleitung des stellvertretenden Reichratsbevollmächtigten beim Reichspräsidenten vor, um ihm über das Vorgehen der Militärs in Thüringen Vortrag zu halten. Der Reichspräsident betont, daß die Verordnung über die Uebertragung des Oberbefehls an den General v. Seekt „ein militärische Bedeutung habe, daß aber der Reichswehrminister nach wie vor die parlamentarische Verantwortung trage. Ueber die Anweisung, die dem in Thüringen einmarschierenden Reichswehrruppenteil gegeben sind, erklärt er:

„Die Truppen haben den klaren Befehl, Thüringen gegen Einfälle aus Bayern zu schützen und sich zu diesem Zweck bis an den Thüringer Wald heranzuschieben. Hineingehen in den Wald könne man nach Auffassung der Generale nicht, da das bei der geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Truppen militärisch unhaltbar sei. Da man andererseits bei einem evtl. Kampf keine kommunistischen Hundertschaften im Rücken dulden könne, sei auf Vorschlag des Militärs als untergeordneter Nebenzweck ein Vorgehen gegen diese gebilligt worden. Immer sei jedoch Anweisung gegeben worden, sich in enger Verbindung mit dem Herrn Staatsminister Froelich zu halten. Wenn dies nicht geschehen sei und nicht geschehe, so liege oft über an irgendeiner Stelle ein Mißverständnis vor, über das er mit Minister Sechter sprechen wolle.“

Solche Mißverständnisse scheint es nun keineswegs nur mit dem Herrn Staatsminister Froelich gegeben zu haben. Man erinnert sich der Mißverständnisse zwischen dem Reichskanzler Dr. Stresemann und dem Reichskommissar Dr. Heinke, der zur größten Ueberraschung des Reichskanzlers fünf Minuten nach seiner Ernennung bereits die Reichswehr das famose Paradespiel vor dem Dresdener Regierungsgedäude aufführen ließ, das Deutschland im ganzen Ausland zum Spott gemacht hat. In Weimar ging es nicht anders zu, die Stadt wurde besetzt wie eine feindliche mitten im Kriege. Man weiß nicht recht, wer eigentlich in der Reichswehr Befehle erteilt. Jedenfalls: das Reichswehrministerium weiß von nichts. Der Thüringische Reichratsbevollmächtigte Dr. Münzel stellt wenigstens am 12. November (gleich nach der Unterbrechung beim Reichspräsidenten) im Reichswehrministerium fest:

„Herr Major v. Schleicher (der Vertreter des Reichswehrministers) ist befreundet gewesen zu hören, daß am zweiten Tage nach der Besprechung vom 6. die Stadt Weimar plötzlich überraschend für die Regierung durch die Reichswehr besetzt worden ist, daß der Kommandant einen Erlass, indem er den Einmarsch der Reichswehr mit Beschwern, die seitens der Bevölkerung über die kommunistischen Hundertschaften erhoben worden seien, begründet an die Thüringische Regierung gerichtet habe und sonstige Maßnahmen, die die Verwaltung des Landes betreffen, treffen, ohne vorher mit der Landesregierung in Verbindung gesetzt zu haben. Herr v. Schleicher hat zugefagt, daß er den Militärbefehlshaber nochmals veranlassen werde, in enger Fühlung mit Herrn Staatsminister Froelich zu handeln.“

Es wird sogar ausdrücklich versichert, daß Bemühungen beim Reichspräsidenten nicht mehr notwendig seien offenbar, weil das Reichswehrministerium über das Vorgehen der Reichswehr so urteilt wie die Thüringische Regierung und deshalb das Erforderliche veranlassen werde. Und nun geht das frisch-fröhliche Regieren in Thüringen los. Mit dem Kampf gegen Bayern ist es nichts, und der Kampf gegen die gefährdeten kommunistischen Hundertschaften scheint dem Fatendrang der Reichwehrgeneräle nicht zu genügen. Wir können aus der Fülle der Dinge nur einige Einzelheiten bieten. Es ist wohl nicht nötig, sie lang und breit zu kommentieren. Wir bringen nur der Reihe nach Originalschreiben der Gruppe Halle:

Ansehen in der Welt genießen. Die Generale würden sich, der Reichswehr und dem Lande den größten Dienst erweisen, wenn sie sich auf die Dinge beschränken wollten, von denen man hoffen muß, daß sie sie verstehen, die militärischen. Wenn sie wie im Feindesland ihre privaten Auffassungen über „gesunde Erziehungsgrundsätze“, über die Wichtigkeit von Eingemeindungen, von Rietsfeststellungen, von Lehreranstellungen und -beförderungen, von wirtschaftlichen Operationen gemeinnütziger Gesellschaften und alle möglichen anderen Dinge zum besten geben und durch ihre Oberquartiermeister und Adjutanten verwirklichen lassen, dann kann daraus nur Unheil entstehen.

Wir sehen den Schaden, der damit angerichtet wird, keineswegs nur in der Desorganisation in Thüringen in der Erschütterung der staatlichen Autorität, nicht minder groß ist der Schaden, der dadurch entsteht muß, daß eine so vorgehende Reichswehr an Vertrauen beim Volke ungleichzeitig einbüßen muß. Daß deutsche Generale von Politik nicht viel verstehen, ist nichts Neues. Der Weltkrieg hat es zur Genüge gezeigt. Daß aber heute noch absolut unpolitische Generale, denen — wie aus den atmenmäßigen Darstellungen deutlich zu sehen ist — jedes Gefühl für die Rückwirkung ihrer Handlungen abzugehen scheint, wichtige politische Funktionen ausüben können, das ist ein viel schwererer Schaden für die Gegenwart und Zukunft des Landes. Wenn schon außerordentliche Gefahren politische Ausnahmemaßnahmen notwendig machen, dann sollen diese Ausnahmemaßnahmen auch in die Hand von Politikern gelegt werden, die sie sachgemäß anzuwenden verstehen. Das Vorgehen der Militärs vergrößert nur die Gefahren und schädigt uns nach innen und außen.

Sicherung der Wahlfreiheit.

Der Eingriff General Müllers verfassungswidrig!

Der Reichsausschuß des Reichstages beschloß heute, Mittwoch, mit einem Entschlusse der Sozialdemokratischen Fraktion, welcher die Aufhebung des Verbots der Kandidatur aufstellung bei den sächsischen Gemeinderahlen in Sachsen für die vom Militärbefehlshaber verbotenen Parteien verlangt.

Das Reichsministerium gab folgende Erklärung ab: „Das Verbot der Aufstellung kommunistischer Wahlvorschlüsse wurde dadurch veranlaßt, daß die sächsische Landesregierung gegen die Nationalsozialistische Partei Maßnahmen ergreifen hatte, die auf ein Verbot der Aufstellung von Wahlvorschlüssen hinausliefen.“

Bekanntlich hat die sächsische Regierung diese Behauptung bestritten. (Red.) Eine ungleichmäßig Behandlung der beiden verbotenen Parteien erschien nicht anständig. Nachdem die sächsische Regierung erklärt hat, daß sie der Aufstellung von nationalsozialistischen Wahlvorschlüssen kein Hindernis in den Weg legen wollte, ist die unmittelbare Veranlassung für das Verbot fortgefallen. Seine Aufhebung erschien daher um so mehr geboten, als auch rechtliche Bedenken gegen diese Maßnahme erhoben werden können. Denn wenn auch nicht beabsichtigt war, die Wahlfreiheit irgendwie zu beschränken, vielmehr nur eine Betätigung der verbotenen Parteigruppierungen unterbunden werden sollte, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Aufstellung von Wahlvorschlüssen unbedingt auf einer Organisation zu beruhen braucht.“

Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern erklärte, daß die rechtlichen Bedenken, die in der verlesenen Regierungserklärung erwähnt sind, auf der Erwägung beruhen, daß dem Militärbefehlshaber im Falle des Ausnahmezustandes die vollziehende Gewalt und das Recht zustehen, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Anordnungen zu erlassen, daß er aber an die Grundrechte der Verfassung gebunden sei, soweit diese nicht auf Grund des Art. 48 außer Kraft gesetzt werden. Zu diesen suspendierbaren und im vorliegenden Falle suspendierten Grundrechten gehört zwar Art. 124 der Reichsverfassung über die Wahlfreiheit, nicht aber Art. 125 über die Wahlfreiheit. Daraus ergibt sich:

Der Militärbefehlshaber kann eine Organisation verbieten, das Verbot darf aber nicht eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit zum Gegenstande haben.

Der Ausschuß stellt sich mit Mehrheit auf den Standpunkt, daß das Verbot des Militärbefehlshabers mit der Reichsverfassung nicht vereinbar gewesen sei.

Soziale Hygiene.

Die in der dritten Auflage erschienene „Soziale Pathologie“ des Genossen Prof. Alfred Grotjahn (Verlag Springer, Preis 18, geb. 20 Goldmark) bildet die Grundlage des großen Gebietes der sozialen Hygiene, zu deren Mitbegründern und bedeutendsten Vertretern Grotjahn gehört. Das Buch zerfällt in einen speziellen und allgemeinen Teil. Im ersterem werden die wichtigsten Krankheiten teils vom Verfasser, teils von einigen Mitarbeiteren behandelt.

Ein interessantes Kapitel beschäftigt sich mit dem Problem „Frauentrankheiten und Gebärbarkeit“. Der Verfasser, Dr. Lewinsohn, versteht es, in äußerst anregender Form seiner Abhandlung eine gut durchgearbeitete Medizinastatistik einzufügen. Wir lesen da z. B. von der sächsischen Statistik aus dem Jahre 1908, in der festgestellt wurde, wann bei Erstgeborenen der Termin der Schwangerschaft stattfand, daß unter 100 ehelich lebendgeborenen ersten Kindern innerhalb der ersten sieben Monate des Ehejahres geboren, also vorzeitig gezeugt waren: bei Arbeitern in Bandweberei, Handel, Verkehr und Industrie 67,8 Proz., bei Angeleiteten und Handwerkern 40,5 Proz., bis 37,8 Proz., bei den Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, eigentlichen Hütern einer strengen Sittlichkeit, den selbständigen Landwirten, Kaufleuten und Handwerksmeistern in 40,5 Proz. bis 37,8 Proz., bei den Rechtsanwälten, Ärzten und Künstlern 30,2 Proz., bei den höheren Beamten, Geistlichen, Lehrern und Offizieren 14,9 Proz.

Eines der folgenden Kapitel handelt von der Unproduktivität der Leberfruchtbarkeit. Es wird an Hand eines großen Materials nachgewiesen, daß während z. B. von 100 erstgeborenen Kindern 22 starben, bei den zwölften Kindern rund 60. Nicht eingerechnet sind die dazwischen eingetretenen Fehlgeburten, die sich durch die nicht genügende Schonung der Frau ereigneten.

Aus dem Gebiete der Abtreibung dürfte es interessieren, daß in Berlin auf 100 fruchtbare Ehen 87 eheleiche Fehlgeburten kommen, von denen 78 kriminell sind. „Die eigentliche Domäne der Abtreibung ist die Ehe“ heißt es auf Seite 180 und diese sind Zahlen der beste Beweis dafür, daß das gesunde Empfinden des Volkes, von dem so gerne die Pharisäer von rechts sprechen, in der Bekämpfung eines unermüdeten Kindes nichts Unerschütterliches hat und es deshalb nur einer Popularisierung des Rechts zugute kommt, wenn die drastischen Strafbeschlüsse der §§ 218 bis 220 baldmöglichst verschwinden.

Ein anderes Gebiet, das sehr ortgemäß bearbeitet ist, ist das der Geisteskrankheiten. Diese sehr häufig vererbten Krankheiten verdienen gerade in der heutigen Zeit besondere Beachtung. Von geschichtlich berühmten Epileptikern nennt Grotjahn z. B. den Apostel Paulus, dessen Belehrungszüge auf dem Wege nach Damaskus die Erlebnisse eines epileptischen Dämmerzustandes

ferner erörterte der Ausschuß einige Anträge, die über die Regierungserklärung hinausgehen. Die Zulassung von Organisationen der verbotenen Parteien für die Zwecke der Wahlen anstrebten. Die Verhandlung hierüber wurde auf Sonnabend vertagt.

Bayerisches Recht.

Süngen ging die Nachricht durch die Blätter, daß der in den Novemberputz verwickelte ehemalige Justizminister Dr. Roth „zur Regelung seiner Verhältnisse“ vorläufig aus der Haft entlassen sei. Zur selben Zeit liegt der Dichter Erich Kästner schwer krank im Gefängnis, seine Ueberführung ins Krankenhaus ist abgelehnt worden.

Indem das bayerische Justizministerium die Gefangenen von Niederschönenfeld mit äußerster Härte behandelt, folgt es den Traditionen seines ehemaligen Chefs — eben jenes Dr. Roth, der jetzt aus der Haft entlassen worden ist. Dr. Roth war es, der diese Männer, die zur Festungsstrafe verurteilt waren, ins Gefängnis steckte und sie dort wie Zuchthäuser behandeln ließ. Das Besitzt, für das sie verurteilt wurden, war das gleiche, dessen Dr. Roth jetzt beschuldigt ist.

Fechenbach und Genossen sitzen noch im Zuchthaus, obwohl klar erwiesen ist, daß der gegen sie ergangene Spruch ein Fehlurteil war. Der Vorsitzende in ihrem Prozeß, Dr. Haß, wird auch wahrscheinlich im Prozeß gegen Hitler und Genossen sein. Man wird Vergleiche ziehen können.

Es gibt freilich einen Menschen, der den nicht benutzten Wert von Mut besitzt, das Urteil gegen Fechenbach wesentlich für gerecht zu erklären. Das ist zufälligerweise der gegenwärtige Reichsjustizminister, Herr Emminger. Er wird auch sonst alles, was in Bayern passiert, in Ordnung finden.

Der Zorn der Enttäuschten.

Die Heisterich-Presse gegen Dr. Schacht.

Die Tatsache, daß der Reichsrat trotz aller deutschnationalen Werbearbeit den Bährungskommissar Schacht als Reichsbankpräsidenten vorgeschlagen und die Verusche, Heisterich in das wichtige Amt einzuschmuggeln, abgelehnt hat, rief bei der Heisterich-Presse begreiflicherweise einen schlecht verdeckten Zorn hervor. Die journalistischen Vorkämpfer deutschnationaler Machtgelüste sind schon so sehr daran gewöhnt, durch die Stürmungen ein Zusammenklappen aller Widerstände hervorzurufen zu können, daß sie ganz aus dem Häuschen geraten, wenn es einmal nicht nach ihrem Willen geht.

Den Vogel schießt diesmal die „Arenzzeitung“ ab, die nach ihrem Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“ ausgeht dem Dr. Stresemann an die Beine fährt:

„Allerdings wissen wir, daß für Herrn Dr. Schacht alle Hebel in Bewegung gesetzt worden sind. Man hat vor seinem Mittel zurückgeschreckt, um seine Kandidatur durchzusetzen. Auch geht man in der Vermutung nicht fehl, daß in erster Linie Dr. Stresemann für seinen Kollegen vom Ausschussrat der Coöperator-Gesellschaft eine große Mühseligkeit erspart hat. Es trifft ihn daher persönlich für die Ernennung ebenso die Verantwortung, wie den Reichsrat selbst und den Reichspräsidenten, der ja wohl die Ernennung bestätigen dürfte. Für uns aber und für alle die Kreise, denen an einer einwandfreien und sachgemäßen Besetzung des Postens des Reichsbankpräsidenten gelegen ist, ist die Angelegenheit des Dr. Schacht, auch wenn er endgültig ernannt ist, nicht erledigt. Wir halten es im Gegenteil für unsere Pflicht, sie auch dann noch weiter zu verfolgen.“

Das heißt also: Erstens will man den für das Präsidium der Reichsbank in Aussicht genommenen Mann weiter verächtlichen, wie bisher, und zweitens soll auch Dr. Stresemann dran glauben, weil er ebenfalls dem Ausschussrat jener Gesellschaft angehört, deren Direktor unzulässiger Devisenoperationen beschuldigt wird.

Der Erzberger-Prozeß hat ja zur Genüge gezeigt, daß Heisterich einige Lebung darin besitzt, einen unbehaglichen Gegner zur Strecke zu bringen. Die Ankündigung der „Arenzzeitung“ läßt also einiges Weiteres auf diesem trübseligen Gebiete erwarten. Deswegen hatten wir das vorläufige Verständnis schon heute fest, damit es nicht später abgelehnt werden kann.

Die Arbeitszeit-Verordnung.

Im Fünfzähler-Ausschuß des Reichstages begann die allgemeine Aussprache über die Arbeitszeitverordnung. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies in seiner Begründung darauf hin, daß die durch die Verordnung erfolgte Regelung der Arbeitszeit keinesfalls eine definitive sein soll, sondern schon durch die Einstellungsformel ausdrücklich als eine vorläufige Maßnahme gekennzeichnet werde. Inhaltlich verfolge die Verordnung die gleichen Ziele, wie sie zwischen den damaligen Regierungsparteien und der Reichsregierung am 5. und 6. Oktober 1923 vereinbart worden seien, nämlich unter entsprechender Berücksichtigung der sozialpolitischen Belange wesentliche Hemmungen für die freie und kraftvolle Betätigung des Arbeitswillens mit dem Ziele einer Förderung und Verbilligung der Gütererzeugung zu beseitigen. Allerdings müßten entsprechend der inzwischen eingetretenen weiteren Verschärfung der Lage die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in einigen Punkten stärker betont werden und den inzwischen geschäftlichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Bedenken getragen werden.

An diese Erklärung schloß sich eine kurze Debatte und der Ausschuss wurde sich der Einzelberatung der Verordnung zu.

Angenommen wurde ein Antrag, worin der Regierung nahegelegt wurde, in § 6 bei der Einführung der Gründe, die eine abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zulassen, statt der Formulierung „aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen“ zu wählen im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung. Die Bestimmung der alten Demobilisationsverordnung bleibt unangetastet, wonach von achtstündigen Arbeitslag abgegangen werden kann, wenn die Arbeiten im öffentlichen Interesse unvorzüglich vorgenommen werden müssen. (Nr. 2 Bl. 1 § 4 der Verordnung vom 18. März 1919.)

Es folgte die Beratung einer Verordnung über die Aufhebung des Gesetzes über Wiedereinstellung und Kündigung in Teilen des Ruhegebietes, die nach kurzer Aussprache erledigt wurde.

Aus dem vorstehenden offiziellen Bericht über die vertrauliche Verhandlung muß geschlossen werden, daß der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Nr. 634 der Drucksachen, der die Reichsregierung auffordert, die Demobilisationsvorschriften über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und der Angestellten sofort wieder in Kraft zu setzen, vom Ausschuss nicht angenommen wurde. Bekanntlich gibt der offizielle Bericht nur Auskunft über angenommene Anträge.

Krach in der russischen Kommunistenpartei.

Moskau, 19. Dezember. (DE.) Die Unstimmigkeiten innerhalb der russischen Kommunistenpartei treten immer scharfer hervor. Nachdem die Zentralinstanzen sich bereits veranlaßt gesehen haben, der Forderung der breiten Schichten der Partei nach größerem Einfluß Rechnung zu tragen, machen sich jetzt auch schon Strömungen geltend, die auch für die Volksmassen außerhalb der Partei, insbesondere für die Bauernschaft, größere Freiheit und Selbstständigkeit fordern. Großes Aufsehen erregt in dieser Hinsicht ein Artikel des Moskauer Kommunistenblattes „Bednota“ (Die Armut), das in erster Linie für bäuerliche Leser bestimmt ist. Es wird darin der Kommunistenpartei der Vorwurf gemacht, daß sie die Wahlen in die Dorrowjets in unzulässiger Weise beeinflusst und den Dorftkommunen sogar unter Nichtbeachtung des Wahlgesetzes Beschlüsse aufzuzwingen und dadurch heftige Erregung unter der Bauernschaft hervorgerufen habe. Zur Begründung des Artikels veröffentlicht das Blatt eine Reihe von Briefen aus verschiedenen Dörfern, die der Aufregung der Bauern und ihrem Mißtrauen Ausdruck geben. Daß das kommunistische Blatt sich zum Sprachrohr dieser Stimmen macht, zeigt deutlich, daß man in gewissen kommunistischen Kreisen von dieser Seite eine ernste Gefahr für die Partei befürchtet.

Das polnische Kabinett.

Warschau, 18. Dezember. (Ewener Deutcher.) Wiolaw Grabki, der auf Ersuchen des Staatspräsidenten die Kabinetsbildung übernahm, versucht, zwischen der Rechten und der Linken einen „Ausgleich“ zu schaffen. Die neue Regierung soll zunächst strittige Fragen, wie die Reformen, zurückstellen und sich nur der Senkung der Finanzen widmen. Das außerparlamentarische Ministerium wird sich je zur Hälfte aus Vertrauensmännern der Rechten und der Linken zusammensetzen.

sind. Zu dieser Kategorie von Kranken gehören ferner Mohammed, Franz von Assisi und andere Religionsgründer und Schwärmer, von brutalen Kraft- und Tathmenschen Julius Cäsar und Napoleon I.

Im allgemeinen Teil beschäftigt sich Grotjahn mit der sozialen Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit, der Bedeutung der Krankenkassen und anderer Institutionen des sozialen Versicherungswesens für die Volksgesundheit. Hier dürfte es interessieren, daß die VDR Berlin 1920 von 100 Mark Einnahmen verausgabt hat: für die Behandlung der Ärzte 11,90 M., Apothekerredaktion 7,70 M., Krankenpflege 10,50 M., Krantergehilfe 35 M. und Verwaltung 15,40 M. Ein besonderer Mangel des sozialen Versicherungswesens ist es, daß es nicht die Familienmitglieder der Versicherten umfaßt, die gerade am häufigsten einer Pflege und Hilfe bedürfen.

Die beiden letzten Kapitel befaßt sich mit der quantitativen und qualitativen Regelung der Geburt. Dieses Spezialgebiet Grotjahns bietet eine solche Fülle von neuen Gedanken und Anregungen, daß man bei einer kurzen Besprechung nur ein schwaches Abbild seines Inhaltes geben könnte.

Diese Ausführungen sollen den Leser anregen, wenn es ihm möglich ist, sich einmal eingehend mit diesem Werke unseres Parteigenossen zu befassen. Durch seine klare, leichtfassliche Darstellung, die sich frei von unverständlichen Fachausdrücken hält, will Grotjahn sein Buch, wie er in der Vorrede sagt, auch anderen Kreisen als nur Medizinern zugänglich machen. Das grundlegende Werk sollte in jeder Gewerkschafts- und Arbeiterbibliothek stehen.

Dr. Robert Marz.

Benedix im Renaissance-Theater.

Roderich Benedix ist schon fünfzig Jahre tot. Nicht mit Mord. Er war beim Sterben schon so entkräftet, daß er die Unsterblichkeit wohl verdiente. Wenn er jetzt zusammen mit dem Weihnachtsengel vom Himmel auf die Erde hinabgeholt wird, so hat die verantwortliche Reparationskommission für seinen Ruhm der Hölle kein schlechtes Nebenstück. Benedix wühlte, wo den Phylloxera der Früh judt. Er wußte, was die alten Lanten im Parkett und die Bohlen und die Mannsbilder, die den Frauenzimmern an Kleingehirngigkeit nichts nachgeben, brauchten. Seine Elite des Kunstgeistes wird wehrlos für Weihnachtsen im Theater erwartet, bewaffnet mit Rentnermark und bereit, Rad und Regel vor die Federmeißel des erleuchteten Kompo zu schleppen.

Es wird als eine Geistesart von höchst geistlichen Verwandten im Parkett sitzen, um sich des Lustspiels von ihren Betten und Beseu, den anderen „Kärtlichen Verwandten“ anzusehen. Die Herrschaften, die sehr geneigt und bereitwillig in ihren Großväterbüschen und vor ihren häßlich gemalten Kaffeelassen saßen, füllten sich wohl und behaglich in ihrem Reizen, Sitzen und Süßholzpflanzen. Sie trugen ein entzückendes, verlorenes Kleid, das die Linie des Körpers verlegte und aus jedem Winkelein einen oedrechtesten Schmuck und aus jedem Fräulein ein artierles Hüppchen machten. Sie brauchten entzückend einfüllige Worte. Wenn

die Worte heute beinahe geschichtlich klingen, so ist das eigentlich nicht Verdienst des seltsamen Benedix, der ja nur ein Schallrüchler, allerdings ein sehr empfänglicher, für seine Zeit gewesen ist. Der Ordnung halber sei angedeutet, daß am Schluß des Lustspiels die ganze Bühne von erlebten Paaren besetzt ist. Vielleicht spekuliert der Theaterdirektor ganz richtig, der sich zu Weihnachten dergleichen vorbereitet.

Rur spielen müßte man besser, freier, nicht so klug, hingegeben, der Spieligkeit nicht zu sehr überlegen, triumphierend in der Liebe zum Banalen, das ja Trumpf ist. Es geht nicht, daß jede einzelne Szene ganz lustig explodiert, daß die einzelnen Szenen aber im Stillen verwalmt bleiben. Damen und Herren dürfen so etwas nicht wie spinisierende Literaturdoktoren spielen, sie müßten alles mit der Welle ihres Temperaments überfluten.

Rur Viktor Schwannke und Gertrud Käuig dahertreten, grinsen, lücheln, kuscheln, schmurnzeln, lästern, lächerlich mit Ueberzeugung. Bei ihnen läßt das Komödiantentum richtig, was der Stil des Stückes verlangt.

Der unfähige Redepreisler. Die Auszeichnung des kleiner Professors Dr. Dito Wenerhof mit dem medizinischen Nobelpreis gibt der „Wade“ Anlaß, die folgende Reine Erinnerung auszugeben: Im Jahre 1905 bearründete Dito Wenerhof, damals Student an der Berliner Universität, mit einer Gruppe sozial gefilterter Studenten die studentischen Unterstudien für Arbeiter. Die Unterstudien führten dahin gegen dies Unternehmen einen Gerd voll Bedenken, deren hauptsächlichstes darin gipfelte, daß die soziale Betätigung der Studenten zu Unfließ in ihrem Studium verlaufen würden. Ein Bedenken, das gegenüber den Kauf-, Bau- und Baumeisterplagenzeiten gewisser fordertragender Verbindungen merkwürdigerweise niemals aufgeworfen war. M. bestand trotz reiner sozialer Betätigung sein medizinisches Examen mit der Note 1, keine wissenschaftlichen Erfolge lassen gleichfalls keine Schöpfung seines Geistes durch persönlichen Verkehr mit den 117 Arbeitern erkennen. Immerhin kann nicht verschwiegen werden, daß dieser Mann, der Deutschlands Weisen durch Erinnung des Nobelpreises schädelt, wie Einstein jülicher Akhmst ist. Wühliche Tätigkeit für den Wiederaufbau — wie etwa Revolverkämpfe gegen Saalbuden — hat er selbstredend noch nicht geleistet.

Die beste Kuh. Dar is mal 'n Meßbur weßt — Diese Geistesart erzählt der Hamburger „Waldhorn“ — da segst Weihnachtsabend so einen Anstich: „Dan, segst he, giff wol bei Rah ein Anstich Suanbrod — dat Beck fall oel meten, dat Wahnchen is.“ „So good, uns Bur.“ segt Jan, Anneren Metzen acht de Sur na buten. Tor fällt he, an de Bupp is er die Erbd' Grotjahn fass'nd.“ „Dan, roupt he, was fall dat hier?“ „O, segt Jan, uns Bur fell doch segt, jede Rah fall en Anstich Suanbrod kriegen, und de der“ — he wiest op de Pump — „is doch uns beste Rah!“

Die Umstellung von Hedden des Staatischen Bauhauses in Weimar in den Bräutlingenstraße der „Hansel, Gemeinnützige Ges. m. B. V.“, 2, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Bradburys Besuch bei Macdonald.

Die Meldung über den Besuch des englischen Bevollmächtigten in der Reparationskommission Sir John Bradbury beim Führer der Arbeiterpartei Ramsay Macdonald hat in Paris sehr unangenehm überrascht. Im nationalistischen „Echo de Paris“ wird Sturm gegen Bradbury gelaufen. In dem behauptet wird, der Besuch sei hinter Waldwies Mäulen und gar gegen dessen Willen erfolgt. Offenbar möchte man durch einen kleinen Presseselbstzug den in Frankreich recht unbeliebten Delegierten zur Strecke bringen. Damit dürfte man jedoch wenig Glück haben, zumal es ganz ausgeschlossen erscheint, daß Bradbury auf eigene Faust gehandelt hat.

Nun hat Bradbury angesichts der Kommentare, die an seinen Besuch in Liffemouth geknüpft wurden und die dahin gingen, daß damit Macdonald bereits als der kommende Ministerpräsident gemittelt worden offiziell anerkannt werde, eine einschränkende Erklärung abgegeben. Er sagte, er habe nur mit den Führern der britischen öffentlichen Meinung über die Wahl britischer Vertreter für die Sachverständigenausschüsse Besprechungen gehabt. Er habe bereits mit Baldwin, Asquith und anderen darüber gesprochen. Ferner betonte Bradbury, daß sein Besuch in Liffemouth keineswegs mit der Annahme in Verbindung stehe, daß Macdonald der voraussichtliche Premierminister sei.

Gegenüber diesen diplomatischen Redewendungen muß allerdings auf die Tatsachen hingewiesen werden, daß bei früheren wichtigen Entscheidungen des englischen Vertreters in der Reparationskommission der Rat und das Einverständnis der Parteiführer nicht eingeholt wurde. Jedenfalls hat Bradbury die weite Reise nach dem nördlichsten Teil Schottlands unternommen, um einige Stunden mit Macdonald zu konferieren. Es ist übrigens durchaus begreiflich, daß in dem gegenwärtigen Schwerezustand der Regierungssache Bradbury mit dem möglichen Ministerpräsidenten von morgen enge Fühlung genommen hat.

Liberale Hoffnungen.

London, 19. Dezember. (E.P.) Der parlamentarische Redakteur des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß liberale Führer gegenwärtig zugeben, daß die Arbeiterpartei zur Regierung gelangen werde. Sie fügen aber gleichzeitig hinzu, daß sie nicht zur Macht gelangen werde. Sie wollen damit zu verstehen geben, daß die liberale Partei im Falle einer Arbeiterregierung der eigentliche entscheidende Faktor der politischen Lage sein werde. Man glaubt nur an eine kurze Existenz eines Kabinetts Ramsay Macdonalds und hofft, daß nach dem unvermeidlichen Neuwahlkampf Asquith berufen sein werde, eine liberale Regierung zu bilden. Man werde so vielleicht, wenn die liberalen Voraussetzungen sich bewahrheiten sollten, das seltsame Ereignis erleben, daß innerhalb weniger Monate England von einer konservativen, einer sozialistischen und einer liberalen Regierung regiert würde.

Die deutsche Lebensmittelanleihe.

Französische Vorbehalte.

Paris, 19. Dezember. (E.P.) Der „Veil Parisien“ veröffentlicht eine anscheinend halbamtliche Note, in der es heißt: Die Reparationskommission wird heute nachmittags den deutschen Antrag auf Genehmigung einer Lebensmittelanleihe durch die Vereinigten Staaten zu behandeln haben. Man könnte hierzu mitteilen, daß die Reparationskommission anscheinend einer Lösung zustrebt, die den Antrag Deutschlands nicht formell zurückweist, aber ihn nur unter Vorbehalt einer zweifachen Untersuchung annimmt. Diese Untersuchung hätte die beiden folgenden Punkte aufzuklären: 1. Welches sind die Lebensmittelbedürfnisse Deutschlands? 2. Hat es nicht selbst die notwendigen finanziellen Mittel, um diese Bedürfnisse zu befriedigen? Diese zweite Untersuchung müßte also unter anderem auch den Bestand der deutschen Guthaben im Ausland prüfen. Einer der Sachverständigenausschüsse, die die Reparationskommission einsehen soll, habe jedoch gerade diese Untersuchung zum Gegenstand. Wenn die Ergebnisse der beiden Untersuchungen richtig sein sollten, so könnte die für die Lebensmittel geforderte Priorität gewährt werden, jedoch unter bestimmten Bedingungen, die noch näher festzulegen bleiben.

Lösung der Tangerfrage.

Aufteilung des deutschen Besitzes. — Außerkräftsetzung der Sultanherrschaft.

Der Streit um Tanger, den Hauptstapel von Marokko, ist nun durch ein Abkommen beendet, dessen endgültige Annahme Spanien sich noch vorbehalten hat. Nach diesem Abkommen wird die Autorität des Sultans in Tanger aufrechterhalten. Die Konsultationen (wonach Europa nicht den Vorderebenen unterliegen) werden aufgehoben, jedoch wird ein gemischtes Gericht eingesetzt, in dem Franzosen, Spanier und Holländer im Namen des Sultans Recht sprechen. Die europäischen Kolonien erhalten eine gesonderte Verwaltung, die ein auf 6 Jahre gewählter französischer Beamter leitet. Die europäischen Kolonien haben ferner eine getrennte Verwaltung, in der der Vertreter des Sultans den Vorsitz führt. Sie setzt sich zusammen aus vier Franzosen, vier Spaniern, drei Engländern, zwei Italienern, einem Belgier, einem Portugiesen, einem Holländer, einem Amerikaner, sechs Marokkanern und drei Juden. Die Mohammedaner und Israeliten ernennen der Vertreter des Sultans, die Befehle der legislativen Verwaltung müssen die Genehmigung der Konsuln der Signatarmächte des Abkommens von Algerien erhalten, um Gesetzeskraft zu erlangen. Tanger wird neutralisiert und es wird ihm wirtschaftliche Freiheit gesichert. In der Hafenkonzessionsgesellschaft erhält Frankreich 30 Proz., der Ägypten der Sultan erhält die Hälfte des ehemaligen deutschen Anteils und 10 Proz. des Kapitals der alten Hafengesellschaft. Der Rest des deutschen Anteils fällt der Verwaltung der Zone von Tanger zu. Das heute unterzeichnete Abkommen wird den Signatoren der Ägypten mit Ausnahme von Deutschland und Österreich zur Zustimmung unterbreitet.

Die griechische Umwälzung.

Die Aufforderung an den König von Griechenland, die er befolgt hat, indem er mit Familie nach Rumänien abreiste, bedeutet noch nicht die Absetzung. Der König sollte zunächst nur für die Zeit weg, wo über die künftige Staatsform entschieden wird. Allerdings dürfte dabei nichts anderes als die Absetzung herauskommen. Immerhin meidet das offizielle griechische Nachrichtenbureau, zahlreiche einflussreiche Zeitungen hätten die an den König gerichtete Aufforderung nicht billigt. Die Zeitungen der Opposition erinnern daran, daß man das Versprechen gegeben habe, daß die Krone erst für verfallen erklärt werde, wenn ein Volksschicksal feststünde habe. Die herrschende Meinung sei jedoch die, daß die Republik unverzüglich proklamiert werden müsse. Die Stadt ist ruhig.

Eine Einmischung der Großmächte gilt als unwahrscheinlich. Frankreich kann doch nicht gut gegen Republikanisierung sein und für das England von heute dürfte die — Verwandtschaft der griechischen mit der britischen Königsfamilie zu allererst ein Grund zur Einmischung sein.

Der Förster geht durch den Wald.

Nach den von der Bucherpolizei in Uebereinstimmung mit der Preisprüfungsstelle veröffentlichten Richtpreisen soll ein kleiner Weihnachtsbaum 2,60 Geldmark kosten. Die Händler, soweit man überhaupt Händler mit Weihnachtsbäumen entdecken kann, haben auch in der Tat Bäume für diesen Preis. Steht man aber näher hin, so entdeckt man, daß diese Bäume keine Bäume sind, sondern weiter nichts als große breite Zweige von Bäumen mit besonders buschigem Laub. Die Richtpreise werden wieder einmal allenthalben überschritten, und die Beamten werden viel Arbeit haben, um überroll nach dem Recht zu sehen.

Das Publikum aber hört die Preise und hält sich in der Mehrzahl abseits, weil es die geforderten Preise nicht bezahlen kann, und hat so manches Mal das Gefühl zum Dreinschlagen, wenn andere und bemittelte Mitmenschen die verlangten Preise für die Bäume niedrig finden und mehr bezahlen als verlangt wird. Leider haben die mit der Bucherbekämpfung betrauten Behörden häufig genug die Entscheidung machen müssen, daß auch das Verhalten des Publikums preissteigernd wirkt. Kein Wunder im übrigen, wenn bei diesen unerschwinglichen Preisen für die Weihnachtsbäume so mancher aus dem Publikum, namentlich, wenn er den Wald in der Nähe hat, zur Selbsthilfe greift. Man sollte aber vorsichtig sein mit dieser Art der Bekämpfung. Die Förster patrouillieren durch den Wald und fahnden auf die Baumfresser. Wer ihnen in die Hände fällt, kann auf Gnade nicht hoffen, und eine harte Strafe ist ihm sicher. Man wird letzten Endes auch verstehen können und billigen müssen, daß die Förster gerade jetzt die Waldungen vor Plünderungen schützen. Denn diejenigen, die sich ihre Weihnachtsbäume selbst holen, haben es in erster Linie auf die Schonungen abgesehen, auf den jungen Nachwuchs des Waldes, und die Eile, mit der das Geschäft besorgt werden muß, und häufig genug auch die Ungeachtlichkeit, mit der die Baumfresser zu Werke gehen, richten mehr Schaden und Verwüstung an als notwendig ist. Wie immer, es sei besonders gewarnt vor Selbstbeschaffung des Weihnachtsbaumes, denn der Förster geht durch den Wald.

Eine andere Maßnahme könnte die Forstverwaltung ergreifen, um dem Volkstand zu steuern und auch einem armen Menschen und dessen Kindern zu einem Weihnachtsbaum zu verhelfen. Unbeschadet um den Bestand des Waldes, so im Gegenteil vielleicht noch zum Vorteil und um notwendige Aufforstungsarbeiten zu machen, könnten von Sachverständigen unter Leitung des Försters geeignete Bäume geschlagen und zu geringem Einzelpreis abgegeben werden. Dann geht der Förster als ein richtiger Weihnachtsmann durch den Wald, und niemand braucht ihn zu fürchten und zu scheuen.

Der Orkan in der letzten Nacht.

Ueberall Zerstörungen.

Der ziemlich starke Wind, der sich gestern bereits unangenehm bemerkbar machte, wuchs in den Abendstunden und in der Nacht zum Orkan an. Der heute morgen sehr früh zur Arbeit mußte, hatte schwer gegen die Wucht des Windes anzukämpfen. Aus der ganzen Stadt werden Sturm Schäden, größere und kleinere, gemeldet. Sehr übel hat der Sturm den Weihnachtsbäumern mitgespielt. So sind auf dem Leipziger und Potsdamer Platz und auch in anderen Stadtteilen die Bäume und Zelte umgeworfen, zerlegt und auch forgeföhrt worden. Teilweise hatte die Zerstörung einen Umfang erreicht, der die Feuerwehre zwang, heftig einzugreifen. Die Temperatur, die gestern abend noch ziemlich milde war, ging in den ersten Morgenstunden erheblich herunter, so daß sich der Regen in Schnee verwandelte. Der Wind kam heute ein lustiges Schneetreiben. In den späteren Morgenstunden heilte sich das Wetter wiederum erheblich auf, doch dürfte die Annahme, daß das Wetter sich endgültig bessern würde, falsch sein.

Auch im Reich, insbesondere an der Wasserkante und in Westdeutschland, hat der Sturm große Schäden angerichtet. Vor allem sind die Fernsprecheinrichtungen nach dem Rheinland, nach Holland und der Schweiz auf längere Zeit gestört gewesen. Eine Reihe von Schiffen ist überfällig und es besteht die Gefahr, daß sie ein Opfer des Sturmes auf dem Meer geworden sind.

Die Klagen des Herrn v. Raehne.

Gegen Berliner Zeitungen.

Das Amtsgericht Werder a. d. H. hatte sich heute mit einem Nachspiel zu dem Fall Raehne zu beschäftigen, und zwar zu dem Zusammenstoß, den v. Raehne im Februar vorigen Jahres auf der Glindewer Feldmark mit dem Arbeiter Rietert hatte. Es handelte sich heute um einen Verleumdungsprozeß, den Herr v. Raehne gegen die verantwortlichen Leitungen dreier Berliner Zeitungen angestrengt hatte, und zwar gegen die Redakteure Arno Urndt vom „Berliner Tageblatt“, Julius Michaels von der „Berliner Volks-Zeitung“ und Ewald Mendel von der „Morgenpost“.

Die Klage gegen das „Berliner Tageblatt“ stützt sich auf einen am 18. Februar 1922 erschienenen Artikel, in dem von „Rau-rittern und Menschenjägern“ gesprochen wird und in dem es weiter heißt: „Wieder war es Karl v. Raehne, der auf Menschenjagd ging.“ Die bei der „Berliner Volks-Zeitung“ der Klage zugrunde liegenden Artikel vom 18. und 20. Februar, sowie vom 10. März 1922 sprechen von der „Strauchritterburg am Schwielowsee“, von „modernen Begehrerern“, „Unholden“, „standesgemäßem Treiben“, „brutaler Synchjustiz“. Heftige Ausbrüche waren in bezug auf die Raehnes in der „Berliner Morgenpost“ gebracht worden. — Zu der heutigen Verhandlung, die unter starkem Andrang von Zuschauern aus Werder, Poyom und Glinde stattfand, war v. Raehne selbst erschienen, als Rechtsbeistand war Justizrat Joseph-Potsdam zur Stelle. Als Zeugen waren u. a. erschienen: Raehne jun., dem man es nicht anmerkte, daß er erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit einen blutigen Zusammenstoß im Poyower Park gehabt hat, ferner der Arbeiter Rietert aus Glinde, der seinerzeit einen schweren Ausschlag davongetragen hatte, der Förster Wlesch, der bei dem Zusammenstoß zwischen Raehne und Rietert Zeuge gewesen war, der Erste Staatsanwalt Gerlach aus Potsdam, der die Ermittlungen geleitet hatte, ferner eine Reihe von Pressevertretern und ein medizinischer Sachverständiger. — Zu Beginn der Verhandlung erhob Rechtsanwalt Dr. Frick Sohn für den Angeklagten Michaels den Erwand, daß dieser für die in der „Berliner Volks-Zeitung“ am 18. und 20. Februar erschienenen Artikel über den Fall Raehne nicht verantwortlich sei. Im ersten Fall handelte es sich um ein Notiz, die im politischen Teil veröffentlicht wurde. Das Versehen gegen den hierfür verantwortlichen Redakteur Better sei aber eingestuft worden. Im zweiten Fall habe nicht mehr Michaels, sondern der Redakteur Heppenheimer als verantwortlich bezeichnet; das gegen Heppenheimer eingeleitete Verfahren sei ebenfalls zur Einstellung gekommen. — Dann wurde in die Verhandlung einmitten, die zunächst mit der Verlesung sämtlicher inframittierter Artikel der drei genannten Wäher einleitet wurde. Nach der Verlesung der Artikel über den „Fall Raehne“ äußerten sich die beklagten Redakteure zunächst nur kurz hierzu. Arno Urndt vom „Berliner Tageblatt“ erklärte, er stehe am dem Standpunkt, daß die Schlichtungsverhandlungen der Herren v. Raehne auf Poyom eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuteten. Bei dem seinem Worte angehängten Material habe er sich in der Hauptfrage um Korrespondenzberichte gehandelt. Redakteur Michaels von der „Berliner Volks-Zeitung“ bekundete, daß er bei inframittierten Artikel weder geschrieben noch redigiert habe. Redakteur Mendel

von der „Berliner Morgenpost“ wies zunächst darauf hin, daß eine Reihe der beanspruchten Äußerungen in Wirklichkeit Zitate aus Druckarbeiten des Preussischen Landtages, sowie aus den Plädoyers der Anklagevertreter aus Poyom gegen die Herren v. Raehne seien. Im übrigen berief er sich auf den § 193. Es sei seine Pflicht als Redakteur gewesen, die Glinde-wohner und die an den Schwielowsee kommenden Berliner Ausflügler vor den Zufällen auf Poyom zu warnen. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsrat Eickeltraut, ob die Möglichkeit eines Ausgleichs bei den Parteien bestünde, erklärte Rechtsanwalt Heine, daß er zunächst um Eintritt in die Beweisannahme bitten müsse, bevor er zu einer Frage Stellung nehme. Darauf trat eine kurze Pause ein.

Die Wucherpolizei auf dem Schlachthof.

Verfuchte Heraushebung der Großhandelspreise.

Die Berliner Wucherpolizei hatte heute morgen erneut Veranlassung, auf dem Berliner Schlachthof einzugreifen. Der Markt wies einen sehr starken Auftrieb auf, denn es waren etwa 6500 bis 7000 Schweine gemeldet. In einigen kleineren Städten hatten die Großhändler und Kommissionäre am Ende der verfloßenen Woche den Versuch gemacht, die Viehpreise in die Höhe zu treiben, nachdem ihnen ein solches Vorgehen in Hamburg und Köln völlig mißlungen war. Diese Preiseraufhebungen sollten die Grundlage für höhere Notierungen auf dem heutigen Berliner Markt bilden. Die amtliche Preisüberwachungskommission, die aus Vertretern der Lebensmittler, der Großhändler, der Kommissionäre und einem Verbrauchervertreter besteht, hatte unverständlicherweise Neigung, diesen Wünschen der Großhändler und Kommissionäre entgegenzukommen und beschloß heute, anstatt Richtpreise festzusetzen freien Markt eintreten zu lassen. Auf diese Weise verlor die Großhandel eine Preisserhöhung für Fleisch durchzuführen. Der Beauftragte der Berliner Wucherpolizei widerlegte sich diesen Bestrebungen jedoch sehr energisch und ließ die freie Preisbildung nicht zu, so daß also die beabsichtigte Preiseraufhebung mißlang.

Es ist immerhin erstaunlich, daß die von den Behörden eingesetzte Preisüberwachungskommission, in der doch auch die Vertreter der Konsumenten selbst sitzen, sich den immer erneuten Versuchen des Großhandels, die Goldpreise wieder in die Höhe zu treiben, nicht energischer als bisher entgegensetzt.

„Aufgewertete“ Goldpfennige.

Geldfässer haben sich bereits der Goldpfennige bemächtigt. Der Freistaat Preußen hat unter anderem auch Scheine über 0,42 Goldmark gleich 1/10 Dollar nordamerikanischer Währung ausgegeben. Auf diesen Scheinen befinden die Fässer die die Rull und das dicke Komma mit ihren „Verzierungen“ durch Radierung und Zehung, ebenso das Reichsheilszeichen und die Eins mit dem Bruchstrich vor der Zehn. Jetzt lauten die Scheine auf 42 Goldmark gleich 10 Dollar amerikanischer Währung. Wäre der Wert auch in Buchstaben aufgedruckt, so wäre die Fälschung nicht möglich, so aber ist sie leicht. Die Fälschlinge erscheinen ja häufig im Verkehr, daß der Fälschgeldebestand des Reichspräsidenten jeden Tag drei bis vier Berausgeber zugeführt werden.

Der Herr „Bankdirektor“.

Wegen eines Scheidetruges in Höhe von 50 Milliarden Papiermark = 50 000 Goldmark wird der 27 Jahre alte „Bankdirektor“ Kurt Lerch von der hiesigen Kriminalpolizei gefolgt. Lerch, der aus Schöneberg stammt, gründete am Halleschen Ufer 26 ein Bankgeschäft unter dem hochtönenden Namen einer Kredit- und Handelsbank. Die „Näme“ dieses Geschäftes bestanden in einem einzigen Zimmer, in dem der Herr Bankdirektor selbst, eine Maschinenfahrräderin und einige Hilfskräfte arbeiteten. Die neue Gründung fand auch Zuspruch. Lerch erhielt von seiner Kundschaft besonders auch Effekten anvertraut. Seine Geschäfte gingen solange gut, als die Börse aufwärts anhielt. Nach dem Rückschlag aber, der dann eintrat, wuschten dem Direktor die Verbindlichkeiten über den Kopf. Zu Anfang dieses Monats erhielt er nun von einer anderen Bank einen Scheck über 50 Milliarden auf die Reichsbank, der aber gesperrt war. Diesen präferierte er bei einer dritten Bank, die ihn auch auszahlte, weil sie von der Sperrung erst erfuhr, als sie ihn wieder in Zahlung geben wollte. Als man jetzt den Betrüger am 3. d. M. stellen wollte, war er mit dem Gelde verschwunden. Auf seiner Bank, die geschlossen war, fand man nur noch wenige Effekten, die einem Treuhänder übergeben wurden. Es wird vermutet, daß der Flüchtling versuchen wird, ins Ausland zu entkommen. Als Anteilhaber seiner Gründung wurden er selbst, seine Zimmerwirtin und deren Sohn festgestellt.

Weihnachtsausstellung der Selbsthilfeorganisationen Deutschlands.

In den Ausstellungsräumen der Kreditkassenanstalt gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands, G. m. b. H., im Festsaal des ehemaligen Herrenhauses, fand am Dienstag, den 18. Dezember, abends, ein Vortrag des Architekten Schwarzlose aus Essen über Arbeitsfürsorge für Erwerbslose stattfand, insbesondere Blinden, statt. Am Mittwoch, den 19. Dezember, wird um 6 1/2 Uhr abends über die wirtschaftliche Einstellung der körperlich Behinderten durch den Otto-Peik-Bund vorgelesen. In den Ausstellungsräumen ist seit heute als Ergänzung ein verbesserter Handwehrt der Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege, Ausschuss für ländlichen Hausfleiß, in Tätigkeit.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag eine Sitzung (4 1/2 Uhr). Auf der Tagesordnung steht u. a. der für Erwerbslose wichtige sozialdemokratische Antrag über die Entlohnung bei Rotstandsarbeiten.

Neues Erdbeben in Columbien.

Drei Städte vernichtet.

Aus Bogota (Columbien) wird mitgeteilt, daß sich dort ein neues Erdbeben ereignete, das die Städte Cumbal, Carlosfama und Adana völlig vom Erdboden verschwinden ließ. Die Erschütterungen dauern fort. Nach näheren Meldungen können die Toten nicht begraben werden, und die Verwundeten sterben auf den offenen Feldern aus Mangel an ärztlicher Hilfe.

Zwei Jugendliche als Mörder. Als Täter eines schweren Raubmordes an dem Goldwarenhändler Stephan Haas in München sind die beiden Jugendlichen Karl Jungnickel und Ludwig Zehl verhaftet worden. Zehl hat das Verbrechen bereits eingestanden, während sein Komplize leugnete. Er ist aber durch das Auffinden der Beute im Hause seiner Eltern der Tat überführt. Die Anzeige ist von dem Vater Zehls ausgegangen, der über die Tat seines Sohnes aufs tiefste empört war.

Sport.

Bei den Meisterschafts-Radrennen in Wien-Berlin! Scheitert sich der „Große Weihnachtspreis“ zu einem Hochkampf Lemanow-Saldow auszuwickeln zu wollen. Beide Reiten mit gleicher Punktzahl an der Spitze. Oskern haben Dahn, Schrage und Muddel. Dahn war schon in Form und kommt mit einem Vorsprung von fast 100 Meter seinen Pfeil durch das Ziel bringen. Nur ganz knapp blieb Muddel hinter Schrage zurück. Das Grämlichfahren über 3 Kilometer holte sich Lemanow, der Händler mußte die beiden ersten Plätzen gewinnen, um dann aber in der letzten Runde den Sieg einzulassen. Wätsche führte sich einen guten zweiten Platz. 75 Meter Vorsprung, die 65 alle vor Saldow erhielt, erzielten sich als zweit. Außerdem sollte letzterer, der am Mal fuhr, in dem 2-Kilometer-Vorlauf noch 100 Meter gegen Wagner aufholen. Das Rennen erfolgte sehr lebhaft. Querk ging Gollie an Wagner vorbei und überholte ihn einen Vorprung. Saldow konnte ebenfalls Wagner passieren, aber Gollie vor dem Ziel nicht mehr erreichen, so das diesem der Sieg zufiel. Ein weiteres Plätzenfahren schickte sich Saldow vor dem Ziel und dem etwas ausgepumpten Lemanow.

Gewerkschaftsbewegung

Produktionsabotage.

Wenn man den Unternehmern glauben dürfte, dann läge ihnen nichts mehr am Herzen, als die Steigerung der Produktion, während die Lohnpolitik der Gewerkschaften in Verbindung mit dem Achtstundentag die Produktionssteigerung verhindert. Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, zeigt folgendes Beispiel aus einer Industrie, wo die Preissteigerung eine besonders starke ist, der Porzellanindustrie. Die folgenden Angaben verdanken wir dem Verbands der Porzellanarbeiter, der eine Reihe ähnlicher Beispiele veröffentlicht hat, ohne jemals von den Unternehmern ein Dementi bekommen zu haben.

Vom Dreherpersonal einer größeren Isolator- und elektrotechnischen Vorzeitanfabrik Deutschlands (über 800 Beschäftigte) wurden im Durchschnitt 1914 geleistet und bei 48stündiger Wochenarbeitszeit verdient:

Kategorie	Stundenlohn	Wochenlohn	Wochenverdienst
A	41,00 Mark	118 Stk.	48,38 Mark
B	45,00	107	48,15
O	8,25	1490	48,10
D	4,25	1180	48,02
E	190,00	40	48,00
F	108,00	48	48,80

Bei 48stündiger Arbeitszeit hatte sich nach Festlegung der „Goldlöhne“ in den letzten beiden Robemondaten 1923 die Leistung gesteigert und die Löhne bei den gleichen Arbeitsbedingungen verringert:

Kategorie	Stundenlohn	Wochenlohn	Wochenverdienst	Produktion	Lohnverlust
A	17,26 M.	208 St.	35,03 M.	85 St. 79%	56,05 M.
B	18,97	184	34,90	77	58 18
C	1,80	2100	38,00	620	58,85
D	2,24	1265	35,06	435	58 17
E	44,06	78	38,00	86	56,20
F	42,22	88	35,04	87	56,26

Der Lohnanteil des Drehers wurde in der Vorkriegszeit mit 10 Proz. von der Verflechtung angegeben. Aus der Aufstellung läßt sich ersehen, welchen Gewinn die Goldlohnfestsetzung für die Arbeitgeber der Porzellanindustrie und die Ausweitung des Achtstundentages hatte. Die Löhne, Preisungs- und Kraftenergiepreise in der 48stündigen Arbeitszeit und die seit 1914 erhöhten Verkaufspreise sind ein Kapitel für sich.

Öffentliche Gemeinheit.

In der Zeit der tollsten Geldentwertung hatten insbesondere auch die Verwaltungen der Gewerkschaften schwer zu kämpfen. In den Verwaltungen mußten daher alle möglichen Einschränkungen vorgenommen werden, es sei nur an die der Gewerkschaftspressen erinnert, und schließlich auch zu vorübergehenden Entlassungen von Gewerkschaftsangehörigen gefastet werden. Da deren Gehälter schon vormals stark zurückgegangen waren, teilweise überhaupt nicht mehr voll gezahlt werden konnten, mußten die Entlassenen in einer Reihe von Fällen die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen, was irgend eine andere Erwerbstätigkeit nicht zu finden war.

Die Reichsregierung läßt diese aus der Not der Zeit entstandene Erscheinung zu Angriffen gegen die Gewerkschaften aus und gegen die Sozialdemokratische Partei. In diesem Zweck mußte natürlich die einfache Tatsache in grober Weise entstellend. Wie sie das macht, dafür ein Beispiel aus dem Organ von Dr. Wag. Maurenbrecher. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt in ihrer Morgenausgabe vom 19. Dezember:

„Die Korruption hat aber offenbar irgendwo in diesem ganzen System und es wundert einem nicht, wenn man weiter aus ganz zuverlässiger Mündigkeit erfährt, daß die Erwerbslosenfürsorge aufnehmend als Unterstützungsfonds für Gewerkschaftssekretäre verwandt wird, da in Minden nach einwandsfreier Feststellung allein 5 Gewerkschaftssekretäre, und zwar zwei vom Fabrikarbeiterverband, einer vom Deutschen Wertehandelsverband einer vom Verband der Maschinenbau- und Heizer- und einer vom Innenschieferverband Erwerbslosenunterstützung beziehen oder bis vor kurzem noch bezogen haben, trotzdem sie in der gleichen Zeit für ihren Verband sicherlich nicht unbefähigt tätig gewesen sind. Der „Vorwärts“ wendet gegen die Doppelverdiener, und seine eigenen Vertreter draußen im Lande tun selbst, gegen was sie sich in Wort und Schrift wenden.“

In der Vorkriegszeit waren es die Gewerkschaften, die fast ausschließlich der Not der Erwerbslosigkeit zu wehren hatten. Wenn in der größten Not der Gewerkschaften, die nicht sich verschulden haben, ein Teil der Gewerkschaftsangehörigen vorübergehend die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen mußte, sei es die Voll- oder Teilzeitarbeiterunterstützung, so ist dagegen weder rechtlich noch moralisch das geringste einzuwenden.

Da aber die öffentlichen aus ihren Verhältnissen heraus auch bei ihren Gegnern überall „Korruption“ wittern operieren sie mit der Verleumdung, die Gewerkschaftssekretäre, die während ihrer Unterstützung durch die Erwerbslosenfürsorge ehrenamtlich für ihre Organisation tätig waren, wie schon vor ihrer Anstellung, seien „sicherlich nicht unbefähigt tätig gewesen“. Ein Gewerkschaftssekretär, der neben seiner Befolgung Erwerbslosenunterstützung beziehen würde, wäre reich als Bundesgenosse der Bäckerei. Wir werden uns nicht nur gegen Doppelverdiener, sondern auch gegen jede Schuftigkeit. Gegen die Schulte, die uns solche Gemeinheiten unterstellen, wie gegen solche, die also in unseren Reihen sich finden sollten.

Verammlung der Holzarbeiter.

Gestern abend waren die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin, zahlreich in den „Kammerjäten“ versammelt, um ein Referat des 1. Bevollmächtigten, Freygang, über Organisationsangelegenheiten entgegenzunehmen. Der Redner hielt Rückschau auf die von der Organisation unter den wichtigsten Verhältnissen geleistete mannigfache Arbeit im Interesse der Gesamtheit der Mitglieder. Oftmals habe bei erneutem Sinken des Marktwertes eine bessere Konjunktur in der Berliner Holzindustrie eingeleitet. Anfang Dezember seien über 16 000 Arbeiter beschäftigt zu verzeichnen gewesen, so daß dadurch ein Zustand geschaffen worden, der die Krisenjahre 1920/21 weit übertrifft. Den schärfsten Kampf hatte die Organisation mit den Unternehmern zu führen. Die Schindluder wurde durch deren scharfmacherische Einstellung immer mehr erschwert. Notgedrungen mußte daher die Organisation des öfteren die Schlichtungsstellen anrufen, die in der Zeit der

Arbeitslosigkeit mehrfach ungenügende Schlichtungsprache geführt haben. Das Lohnniveau war schließlich so weit herabgefallen, daß Berlin von 16 Lohngebieten an letzter Stelle stand. Nach vieler Mühe gelang es, das Arbeitsministerium zum Eingreifen zu bewegen. Auch finanziell hat die Organisation in Folge der durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verminderten Beitragseingänge mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Neben notwendigen Einschränkungen auf dem Bureau mußte leider auch das „Mitteilungsblatt“ sein Erscheinen einstellen. Erträglich sei für eine Kampforganisation der Abbau der sozialen Unterstützungen. Es mochte sich auch notwendig, vorübergehend die Bibliothek zu schließen. Die Organisationsleitung sei auch in der schwersten Zeit bemüht gewesen, die Organisation aufrechtzuerhalten. Wenn die Mitglieder einig und geschlossen zusammenständen, würde es auch möglich sein, alle künftigen Anschläge der Unternehmern abzuwehren.

In der Diskussion verfielen die kommunistischen Redner die nötige Stimmung für die von den oppositionellen Mitgliedern eingebrachte Resolution zu schaffen. Zeitweilig stellte daher die Aussprache die geordnete Fortführung der Versammlung überhaupt in Frage. Freygang sowohl wie Boese von der Ortsverwaltung wiesen die vorgebrachten Tiraden gehörig zurück.

Die Resolution, welche sich für die „Reimarer Beschlüsse“ ausspricht und von der Ortsverwaltung die gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit fordert, sich für die Durchführung dieser Beschlüsse einzusetzen, wurde gegen eine starke Minderheitsangewomen.

Unternehmerlohn.

Die Betriebsleitung der Georg-Martin-Hütte bei Danabrück hat die Stilllegung des gesamten Wertes angekündigt, falls die Arbeiterchaft sich nicht dazu verstehen sollte, zur zehnstündigen Friedensarbeit zurückzukehren. Durch die Stilllegung der Werke würden etwa 10 000 Arbeiter erwerbslos werden. Das Verlangen der Direktion wird damit begründet, daß die Eisenbahnverwaltung als seitliche Abnehmerin ihre Aufträge nahezu eingestellt hat. Inlandsaufträge könnten aber nur zu Verlustpreisen hereingeholt werden, und für das Ausland lägen die Selbstkosten zu hoch, nämlich weit über dem Preis der Konkurrenz. Ein Ausgleich könnte nur durch Verlängerung der Arbeitszeit herbeigeführt werden.

Wollte man durch Entziehung von Aufträgen der Beschäftigungsgrad zurückgegangen ist, deshalb soll die Arbeitszeit verlängert werden. Und weil der Kartellwucher in Deutschland trotz der niedrigen Löhne die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinaufgetrieben hat, deshalb soll wieder die Arbeitszeit verlängert werden. An einen Abbau der Kartellpreise, an eine Modernisierung des Betriebes, an eine Steigerung der Arbeitsleistung durch Höherbewertung der Leistung, daran denken diese verärgerten Herrenmenschen überhaupt nicht.

Arbeitsnachweisorganisation der Vereinigten Staaten.

Der offizielle Arbeitsnachweis wird in den Vereinigten Staaten vom „United States Employment Service“ überwacht und ist weit organisiert. Das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten ist in neun Distrikte eingeteilt. Jedem dieser Distrikte steht ein von zahlreichen Agenten unterstützter Direktor vor. Diese Agenten stehen in engem Kontakt mit allen Fabriken der resp. Gebiete und liefern den Direktoren die für die Redigierung ihrer Berichte nötigen Angaben. Auf diese Weise gehen die Lohnlisten von 1428 Fabriken mit je über 500 Arbeitern von 14 der wichtigsten Industrien ein. Trotzdem die Gesamtzahl der in diesen Fabriken beschäftigten Arbeiter insgesamt 2 Millionen nicht übersteigt, erweisen sich diese Informationen als äußerst wertvoll und gestatten eine genaue Einschätzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der „United States Employment Service“ veröffentlicht zur Information des Publikums regelmäßig Mitte jeden Monats eine Pressemitteilung.

Bericht über den Internationalen Friedenskongress, Haag, 10. bis 15. Dezember 1922. Der eben im Verlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam erschienene „Bericht über den Haager Friedenskongress, 1922“ hat angefaßt der vielen ungelösten Probleme, die die Nachkriegszeit aufgeworfen hat, leider auch heute noch ein nur zu aktuelles Interesse. Wie man weiß, hatte der Kongress schon infolgedessen eine historische Bedeutung, als zum ersten Male im Kampfe um das Friedensideal Vertreter von Vereinigungen aller Richtungen, aus dem bürgerlichen Lager, der Arbeiterbewegung wie von kirchlicher Seite zusammenkamen, um gemeinsam über Mittel und Wege zur Bekämpfung der Kriegsgelassen zu beraten und eine ständige gemeinsame Aktion zur Erreichung des Weltfriedens durchzuführen.

Der 300 Seiten starke gutausgestattete und übersichtlich angelegte Band enthält ein nicht unbedeutendes Dokumentenmaterial über das Problem des Krieges und des Friedens, das zweifellos den einzelnen wie den Körperschaften, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, gute Dienste leisten wird. Der Bericht ist zu beziehen: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Aus der Partei.

Erklärung.

Seit einiger Zeit häufen sich die Fälle, in denen angebliche Anhänger der jungsozialistischen Bewegung in allen möglichen Tageszeitungen und periodischen Zeitschriften über jungsozialistische Aufgaben, den Sinn des Jungsozialismus usw. schreiben. Obwohl wir durchaus der Meinung sind, daß weitgehende Toleranz in dieser Hinsicht geübt werden muß, zwingen uns einige derartiger Veröffentlichungen, davon zu warnen, solche rein privaten Meinungen irgendwie mit der Bewegung zu identifizieren, zumal sich bei Nachprüfung herausgestellt hat, daß die Artikelverfasser in jungsozialistischen Kreisen völlig unbekannt sind. Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Erklärung gebeten. Der Reichsausschuß der Jungsozialisten.

Reiser. Begner. Westphal.

Lebensmittelpreise in Berlin am 19. Dezember

(in Goldmark)	
Rindfleisch	1,00—1,70
Kalbfleisch	1,25—1,70
Hammelfleisch	1,20—1,40
Schweinefleisch	1,20—1,75
Lebende Hechte	1,60—1,80
Schleie	1,80—2,00
Hechte in Eis	1,60—1,70
Schleie in Eis	1,70—1,80
Schellfisch	0,80—0,90
Kabeljau	0,80—0,90
Grüne Heringe	0,65—0,70
Margarine	0,85—1,00
Butter	2,30—2,50
Schmalz	0,80—0,90
Talg	0,85—1,00
1 Ei	0,20—0,22
Weißkohl	0,05—0,06
Wirsingkohl	0,08—0,09
Kartoffeln (10 Pfd.)	0,30—0,40

Wirtschaft

Substanz und „Substanz“.

Mit dem Schlagwort „Substanz“ wird neuerdings bei allen möglichen Gelegenheiten ein geradezu unmüßiger und lächerlicher Mißbrauch getrieben.

Die Steuer, die — allerdings nur, ehe sie beschlossen und ausgeführt wird — nicht die Vermögenssubstanz der Unternehmer schmälert, ist noch nicht gefassten worden. Ob Umsatz- oder Körperschafts-, Vermögens- oder Erbschaftsteuer, auf alle solche Kleinigkeiten kommt es nicht an. Das Reich braucht nur zu erklären, daß es Geld notwendig hat, und schon stimmt der Chor der Interessentenverbände den Klagegefang von der vernichteten Substanz an. Wertwörterweise scheint es für die bürgerlichen Apologeten des heiligen Sachkapitals eine Substanz nicht zu geben; nämlich diejenige Substanz, mit der die Maschine Mensch gehetzt werden muß, um arbeiten zu können. Diese Substanz, der Arbeitslohn, die Kaufkraft des Verbrauchers, ist nach Meinung jener Leute überhaupt dazu da, um Steuern aufzubringen. Daß bei solcher Heilmethode die Maschine Mensch einmal zum Stillstand kommen muß, oder, um im Sinne der Volkswirtschaft zu reden, der Warenabbau und damit die Produktion erliegen muß, daß dann Hunderttausende und Millionen gerade der besten Arbeitskräfte zum Hungertode oder zur Auswanderung getrieben werden, ist eine unerhebliche Belanglosigkeit. Wer sich um solche Dinge kümmert, ist Marxist und Demagoge.

Über bleiben wir einmal bei jener so oft vernichteten Substanz der Unternehmungen. Ihre Vernichtung bestand bekanntlich darin, daß die Zahl der Automobile in Deutschland gegen den Vorkriegsstand ungeheuerlich zugenommen hat, daß die meisten Unternehmungen ihre Goldmillionen-Hypotheken mit ein paar Goldmark „sähten“, daß riesige Trufts aus Aktienpaketen entstanden, die alle mit jenen sonnenhaften vernichteten Kapitalen gekauft wurden; sie wird ferner sichtbar in den neuen Palästen der Banken, in der gewaltigen Steigerung des Wohlstandes der Landwirtschaft, in dem Erwerb ausländischer Unternehmungen zu einer Zeit, wo es in Deutschland keine Devisen gab, um den Hunner zu bekämpfen.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Kapitalsubstanz der weitaus meisten Wirtschaftskreise seit dem Kriege auf Kosten der Verbraucher, der Löhne und des Staates gewachsen ist. Man hat diese Meinung als Ausnahme sozialistischer Kapitalfeindschaft bekämpft. Dabei ist es erfreulich, wenn eine so berufene und kapitalfreundliche Stelle wie der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in einer Erklärung an das Reichswirtschaftsministerium das Folgende schreibt:

„Wesentlich mit Hilfe des Bankgewerbes ist Deutschlands Industrie und Handel unmittelbar nach dem Kriege in der Lage gewesen, seine Substanz nicht allein zu erhalten, sondern in beträchtlichem Maße zu vermehren. Insbesondere die Industrie ist nach dem Kriege verhältnismäßig schnell dazu übergegangen, sich ganz auf Sachwerte einzustellen, in der Erkenntnis, daß es wirtschaftlich viel richtiger ist, möglichst hohe Bankschulden zu haben und aus der Wertentwertung entsprechenden Nutzen zu ziehen, als große Bankguthaben zu unterhalten.“

Die Banken nehmen hier für sich das Verdienst in Anspruch, der Industrie zur Vermehrung ihrer Substanz verholfen zu haben. Nun, aus ihrer eigenen Tasche haben sie das nicht bezahlt. Hunderttausende geschäftiger Kunden haben sich an diesem Liebesdienst nach Kräften beteiligt und sie machten auch noch ihr Geschäft dabei, wenn es gleich schließlich unmöglich wurde, auch nur eine Geldüberweisung mit Hilfe der Banken vorzunehmen, ohne große Verluste zu erleiden. Bezahlt haben diese Substanz, die sich nach dem Zeugnis der Bankiers in den Händen der Industrie „in beträchtlichem Maße“ gesteigert hat, die Verbraucher. Mit Hilfe der Notenpresse entzog man ihnen die Kaufkraft, die an anderer Stelle als Substanzvermehrung auftrat.

Aber die Befestigung der interessierten Kreise, daß nach dem Kriege eine Substanzvermehrung statt der so oft beschriebenen Substanzverminderung in der Industrie eingetreten ist, beweist doch schlagend, daß es überhaupt keine Steuern geben darf, die diese erhöhten Vermögen schonen könnten. Wie sieht diese Substanzvermehrung denn aus? Die Industriemagnaten und sonstige Beteiligte verfügen über mehr Produktionsmittel, Beteiligungen an fremden Unternehmungen oder an Warenvorräten als früher. Diese wurden erkaufte mit Reingewinnen, die man nicht ausgeschüttet, sondern sofort wieder in Anlagekapital oder Betriebskapital verwandelt hat. Die Aktionäre wußten das, als sie die Kurse von Unternehmungen blindlings hinaufschraubten, heißt wenn der als Dividende oder als Bezugsrecht ausgeschüttete Gewinn, wie z. B. bei den Sinnes-Unternehmungen, lächerlich gering war und in keinem Verhältnis zu den Kursen stand. Die Substanzvermehrung ist also Uebergewinn. Wenn man heute daran geht, den Hungernden in Deutschland höher zu besteuern als irgend sonstwo in der Welt, so wäre es ein Verbrechen, die durch die Inflation erzielten Uebergewinne unberührt zu lassen.

Die Regierung redet so oft von einer bevorstehenden Substanzvermehrung. Die Börse bewertete diese Auslassungen bisher ganz richtig, indem sie mit weiteren Kurssteigerungen der Aktien antwortete. Das läßt gerade von der Substanzvermehrung, wie es in den Amtsstuben und bei den Interessenten üblich ist, erzieht sich vornehmen. Das eine Mal meint man mit Substanz das in normalen Zeiten vorhandene und bis zu einem gewissen Grade feststehende Anlage- und Betriebskapital, wie wir es etwa vor dem Kriege hatten. Das andere Mal redet man von dem durch Uebergewinn angereicherten Vermögensstand nach der Inflationszeit. Diese schwindelhafte Verdrehung ganz einfacher Tatsachen muß endlich einmal aufhören. Entweder der Klubfessel des Schleichers, das Auto des Spekulanten, das Kanier auf der Bauernrinne sind „Substanz“. Dann soll man das auch sagen und den Schieberstaat öffentlich proklamieren. Oder das echte, zu gesunder Produktion notwendige Anlage- und Betriebskapital ist Substanz — und das ist sie —, dann wird man es auch nicht ganz schonen können, denn wir haben ein Jucel an Produktionsstätten und einen zu großen Handelsapparat, der nicht weniger wie die Staatsverwaltung des Abbaus bedarf, aber man wird über die Art seiner Heranziehung sich unterhalten können. Jeber, und zu allererst die Arbeiterchaft, hat ein Interesse daran, daß lebens- und erwerbswichtige Werte nicht unwürdig an der Entkultung ihrer Produktion gehindert werden. Nur darüber darf es keine Täuschung geben, daß sachliche und unabweisbare Probleme nicht mit Phrasenlogik gelöst werden können, die sich in einem Interessentenverband sehr schön machen mögen, von jedem vorurteillosen Beurteiler aber als Rohkäse bezeichnet werden müssen.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Scherz; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Immobilien: Dr. John Schillmann; Politik und Sonstiges: Fritz Reuter; Musik: Th. Meyer; Identisch in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68. Einheitspreis 2.

Achtung! Wiederverkäufer!
Wiederverkäufer!
 Ich war der billigste und diebe der billigste bei bekannter reeller Bedienung
Marken-Zigaretten!
 Manoli, Remama, Josetti, Weneat, Konstantin, Batschari usw.
 Zigaretten nur erst-er Häuser!
 Weihnachtspräsente
 Rauch-, Lau- und Schnupftabake
 Winkler, Michaelstraße 24
 (alte Jannstraße) Tel. 1517
Ungeheuer billig!
 Bestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billiger!

Wiederverkäufer!
Marken-Zigaretten!
 Manoli, Remama, Josetti, Weneat, Konstantin, Batschari usw.
 Zigaretten nur erst-er Häuser!
 Weihnachtspräsente
 Rauch-, Lau- und Schnupftabake
 Winkler, Michaelstraße 24
 (alte Jannstraße) Tel. 1517
Ungeheuer billig!
 Bestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billiger!

Wiederverkäufer!
Marken-Zigaretten!
 Manoli, Remama, Josetti, Weneat, Konstantin, Batschari usw.
 Zigaretten nur erst-er Häuser!
 Weihnachtspräsente
 Rauch-, Lau- und Schnupftabake
 Winkler, Michaelstraße 24
 (alte Jannstraße) Tel. 1517
Ungeheuer billig!
 Bestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billiger!

Wiederverkäufer!
Marken-Zigaretten!
 Manoli, Remama, Josetti, Weneat, Konstantin, Batschari usw.
 Zigaretten nur erst-er Häuser!
 Weihnachtspräsente
 Rauch-, Lau- und Schnupftabake
 Winkler, Michaelstraße 24
 (alte Jannstraße) Tel. 1517
Ungeheuer billig!
 Bestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch billiger!

Die Geschichte der Gräfin Firmione
 von Alfons Petzold und andere ernste und lustige Erzählungen, ferner interessante geschichtliche, wirtschafts-technische, naturwissenschaftliche, politische u. a. Aufsätze und Schilderungen bringt der mit Illustrationen reichhaltig geschmückte Haus- und Familienkalender des werktätigen Volkes
Vorwärts-Almanach für das Jahr 1924
 Preis 40 Pfennig
 Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H. (vormals Buchhandlung Vorwärts), SW 68, Lindenstr. 2. Laden